

Der Rubel muss rollen, aber nicht in die Steueroasen!

© Martin Bangemann

Wilhelm Schmülling

Es ist schon erstaunlich: Aus dem armen Russland flossen seit Jahren Milliardenbeträge zur sonnigen Mittelmeerinsel Zypern. Zuvor war die Sowjetunion trotz und wegen der bis ins Kleinste geplanten Wirtschaft zusammengebrochen und hatte nur arme Menschen hinterlassen, bis auf diejenigen Funktionäre, die das Volkseigentum privatisierten und sich kapitalistisch zu bereichern verstanden. Sie waren es, die den Rubel rollen ließen, zunächst in heimatische Gefilde, dann durch Schlupflöcher in Steueroasen. Zypern geriet in den Fokus der Neureichen. Das Klima dort lockte ebenfalls und der Rubel rollte dort hin.

Für sie nur bedauerlich, dass die Banken in Zypern die versprochenen hohen Zinsen nach einiger Zeit nicht mehr zahlen und die Regierung die Banken nicht mehr stützen konnten. Das Ziel der russischen (und anderer Anleger), die Vermehrung ihres Kapitals ohne eigene Arbeit zu erreichen, geriet in Gefahr. Dieses Geschäftsmodell, mit dem geringsten Aufwand den höchsten Gewinn zu erzielen, begann zu erodieren, erst recht, als die Regierung in Nikosia Hilfe von der EU erwartete und zunächst nicht bekam. Nun schwante den Anlegern neben der Zinsminderung noch Schrecklicheres: der teilweise Verlust ihres Einsatzes.

Bei den Griechenland-Bankrettungen hatte man die Spekulanten bluten lassen, die griechischen Konto-Guthaben blieben jedoch unberührt. Jetzt kam es in Zypern zum Tabubruch: Die Guthaben über 100.000,- € wurden um wenigstens 40% gekürzt. Geschieht es den Spekulanten ganz recht, so ist die-

ses Verfahren sehr bedenklich, wenn davon z. B. auch persönliche Rücklagen der Zyprioten fürs Alter betroffen sind, die doch aus Arbeitseinkommen aufgebaut wurden. Dem Vorwurf, das sei Diebstahl, begegnet man mit dem Hinweis, die Guthaben auf den Konten seien juristisch ein Kredit an die Bank, der bei einer Insolvenz zur Konkursmasse gehöre und verloren gehen könne. Man müsse eben als Sparer sehr genau prüfen, welche Bank kreditwürdig sei.

Eine solche Logik lässt jedes Versprechen auf Einlagensicherheit als haltlos erscheinen. Bei einem allgemeinen Bankencrash und erst recht bei einem Staatsbankrott bleibt kein Bankguthaben vor einem Zugriff sicher. 1948 bei der sogenannten Währungsreform war das eine kaum kritisierte Praxis, mussten doch die Kriegslasten bezahlt werden. Hier bewahrheitet sich Friedrich Wilhelm Nietzsches Ausspruch: „*Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch, und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: »Ich, der Staat, bin das Volk.«*“ Ab 1939 hatte der NS-Staat wie selbstverständlich das Leben von Menschen gefordert und anschließend das Eigentum aller Überlebenden bis auf geringe Reste kassiert. Mögen solche Zeiten mit solcher Praxis nie wiederkehren.

Nun scheint das Tabu Eigentum erneut zu wanken. Rechtfertigt das Fehlverhalten von Politikern und Bankern den Zugriff auf die Konten der Sparer? Auf keinen Fall. Was vom Arbeitseinkommen zur späteren Nutzung auf Bankkonten deponiert wurde, darf nicht angetastet werden, auch nicht bei trickreicher juristischer Begründung.

So zeigt die Zypernkrise deutlich, dass sehr wohl zwischen Arbeitseinkom-



men und Kapitalertrag unterschieden werden muss, also zwischen eigener Arbeitsleistung und der Aneignung fremder Arbeitsleistung. Womit wir bei der Offenlegung einer Rechtsordnung sind, die die Aneignung fremder Leistung als legal bezeichnet. Von einem Rechtsstaat im eigentlichen Sinne kann dann nicht mehr gesprochen werden, auch nicht von einer Leistungsgesellschaft. Nicht einmal von Demokratie, sondern nur von der Herrschaft des Kapitals.

Diese Herrschaft sahen die Großanleger in Zypern als gefährdet an. Andere profitsichernde Steueroasen wurden gesucht und gefunden. Der Rubel rollt weiter. Ohne Rücksicht darauf, dass die Realwirtschaft in Zypern leidet.

Es reicht nicht aus, das Geschäftsmodell Steueroase auszutrocknen. Erfolg verspricht nur eine demokratische Geldordnung, die eine leistungsgerechte Marktwirtschaft garantiert und eine profitorientierte kapitalistische Wirtschaft ausschließt.